

Reader zur Strategiekonferenz  
am 6. Januar 2018



# Die revolutionäre Programmatik der DKP in Einheit von Theorie und Praxis

Fortsetzung der Strategiedebatte





# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung zum Reader</b>	5
<i>Bildungs AG beim Bezirksvorstand</i>	
<b>Zur Geschichte des DKP Programms 2006 und der Auseinandersetzung mit dem Revisionismus in der DKP</b>	7
<i>Björn Blach</i>	
<b>Was ist revolutionär an der Orientierung auf eine Wende zu sozialem und demokratischem Fortschritt?</b>	19
<i>Jens K.</i>	
<b>In welcher Beziehung steht die Kampfetappe der antimonopolistischen Umwälzung zum revolutionären Bruch?</b>	23
<i>Beate Landefeld</i>	
<b>Die Dialektik in der Programmatik der DKP</b>	31
<i>Klaus Mausner</i>	



## Einleitung zum Reader

### *Bildungs AG beim Bezirksvorstand*

Im Bezirk Baden-Württemberg wird die Grundsatzdiskussion um die Strategie der DKP seit anderthalb Jahren intensiv geführt. Einen ersten Höhepunkt stellte das Strategieseminar im Januar vergangenen Jahres dar. Zur Fortsetzung der Diskussion lud der Bezirksvorstand für den 6. Januar 2018 zu einem zweiten Seminar nach Stuttgart ein. Mit über 40 TeilnehmerInnen aus allen Teilen des Bezirks war der Saal im Linken Zentrum Lili Herrmann gut gefüllt.

„Die revolutionäre Programmatik der DKP in Einheit von Theorie und Praxis“, so der Titel der Veranstaltung. Ziel war es, laut Beschluss des Bezirksvorstands, Zweifel am revolutionären Charakter der Programmatik der DKP zu klären.

Die Veranstaltung war in drei thematische Blöcke unterteilt, beginnend mit einem Referat des Bezirksvorsitzenden Björn Blach zur Geschichte des 2006er Programms und der Auseinandersetzung mit dem Revisionismus in der DKP. Im geltenden Programm spiegelte sich, so der Vorsitzende, der damalige Zustand der Partei mit all seinen Widersprüchen wider. Dieser sei dadurch gekenn-

zeichnet gewesen, dass es einerseits eine reformistische Parteiführung gab, andererseits aber die Mehrheit der Parteimitglieder auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stand. Seit dem 20. Parteitag zeichne sich eine schrittweise Lösung dieses Konfliktes ab.

Den inhaltlichen Kern der Veranstaltung bildete der zweite Block zum revolutionären Charakter der antimonopolistischen Strategie der DKP. Hier gab es drei Input-Referate zu den Themen „Was ist revolutionär an der Orientierung auf eine Wende zu sozialem und demokratischem Fortschritt?“, „In welcher Beziehung steht die Kampfetappe der antimonopolistischen Umwälzung zum revolutionären Bruch?“ und „Die Dialektik in der Programmatik der DKP“. In der lebhaften Diskussion ging es vor allem um den Klassencharakter des Staates und die Möglichkeiten und Grenzen für progressive Reformen.

Zur Verbindung der theoretischen Debatte mit der politischen Praxis wurden im dritten Block der Veranstaltung Workshops durchgeführt. Hier konnten die TeilnehmerInnen ihre konkreten Kampferfahrungen zu vier Themenfeldern austauschen: „Klassenkampf im Betrieb: Gewerkschaftliche Organisierung, Tarifbewegung und Widerstand“, „Klassen-

kampf im Krankenhaus: Personalbemessung“, „Widerstand gegen Rechtsentwicklung und faschistische Tendenzen“ sowie „Klassenkampf in der Kommune: DKP im Gemeinderat“.

Insgesamt zeichnete sich die Veranstaltung durch eine solidarische Diskussionsatmosphäre aus. Die kollektive Auseinandersetzung um die richtige Gegenwartsanalyse der Kampfetappe und die Klärung zentraler strategischer Fragen steht jedoch erst am Anfang. Der Bezirksvorstand wird sich weiter darum bemühen, diese Debatte zu organisieren und anzuleiten – auch nach dem Parteitag.

Einen Beitrag zur Fortsetzung der Debatte bildet der hier vorliegende Reader mit den gehaltenen Redebeiträgen. Der Reader ermöglicht den Gruppen und Kreisen, die Diskussion vom 6. Januar 2018 vor Ort fortzusetzen und zu vertiefen.

## **Zur Geschichte des DKP Programms 2006 und der Auseinandersetzung mit dem Revisionismus in der DKP**

*Björn Blach*

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wenn wir aktuell in unserer Partei trotz ihrer äußerst schwierigen Lage wieder anfangen nach vorne zu Blicken und sowohl mehr Rot auf die Straße bringen als auch die programmatische Debatte beginnen, lohnt es sich in unsere eigene Geschichte zu schauen. Nicht nur, da unser Programm 2006 beschlossen wurde und es zum Glück nicht wenige GenossInnen gibt, die erst danach zu uns gestoßen sind und die damaligen Debatte somit nicht kennen können. Vor allem verlangt unsere Weltanschauung die historische Betrachtung, sowohl um das Dokument in seiner Zeit einzuordnen aber auch um aus der Geschichte zu lernen.

Natürlich wird die Geschichte der kommunistischen Bewegung auch viel diskutiert und dient wie jetzt auch häufig zur Begründung von Spaltungen. Es gibt einen längeren Text zur Auseinandersetzung der DKP zwischen 89 und heute von Phil-

lip Kissel, der inzwischen von offensiv auch gedruckt veröffentlicht wurde. Phillip hat sehr akribisch Fakten zusammen getragen, so dass es sich lohnt den Beitrag zu lesen, stellt aber äußerst unhistorische und voluntaristische Schlussfolgerungen an, deshalb soll mein Beitrag auch eine Antwort sein.

Ich möchte deshalb beginnen mit einigen Schlaglichtern, die die Debatte der DKP ab 1989 darstellen, dann auf die Programmdebatte eingehen und danach eine erste Schlussfolgerung ziehen. Danach möchte ich anhand von drei Beispielen einige Schwierigkeiten des Programms darlegen und sie einordnen in die Auseinandersetzung mit revisionistischen Inhalten. Zum Schluss will ich die Kontinuität in den strategischen Überlegungen der DKP darlegen und auch hier auf einige Probleme in dieser Kontinuität hinweisen.

Ich möchte noch hinzufügen, dass ich einen großen Teil dieser Debatte miterlebt und versucht habe mich einzubringen in den Kampf gegen revisionistische Einflüsse in der DKP und habe von Anfang an das 2006er Programm als Kompromiss eingeschätzt und halte seine Überarbeitung für notwendig. Die Voraussetzung dafür müssen wir allerdings erst noch schaffen.

Liebe Genossinnen und Genossen,  
Herbert Mies hat ein Kapitel in seinen Erinnerungen mit „2 Infarkte“ überschrieben. Er meinte damit sowohl seinen eigenen Herzinfarkt als auch den der kommunistischen Weltbewegung im Jahre 1989. Zwei der drei kommunistischen Parteien in Deutschland mussten in diesem Jahr auf ihre Vorsitzenden verzichten. Sowohl Herbert als auch Erich Honecker fielen krankheitsbedingt länger aus.

Schon seit Mitte der 80er Jahre gab es in der kommunistischen Weltbewegung massive ideologische Auseinandersetzungen bei gleichzeitig enorm zugespitzten ökonomischen Problemen. Die angebliche Öffnung der Sowjetunion durch Gorbatschow führte zu sehr viel Verwirrung. Auf der einen Seite erlangten seine Vorschläge große Popularität führten aber gleichzeitig auch zu antisozialistischen Anwandlungen. Die Katastrophe von Tschernobyl und ihre Ausnutzung durch die imperialistische Propaganda sorgten für weiteren Antikommunismus und Zweifel in den KPen.

1989 entfernte sich die ungarische KP von den Warschauer Vertragsstaaten und öffnete die Grenzen zu Österreich. Im Juni 89 schlug die chinesische Armee konterrevolutionäre

Bestrebungen nieder. Im Vorfeld kam es zu massiven Übergriffen auf Polizeikräfte und Übergriffe auf Parteimitglieder. In der DDR kam es ab September zu Demonstrationen. Sie erreichten nicht die Zuspitzungen wie in China, aber wer ohne imperialistische Brille sich die Bilder heute anschaut, wird in beiden Fällen die Zurückhaltung der Sicherheitskräfte beobachten können, die kein Vergleich zu den Übergriffen der kapitalistischen Repressionsorgane ist. Den restlichen Verlauf der Konterrevolution kennt ihr.

Die meisten kommunistischen Parteien in den sozialistischen Ländern hatten die Verbindung zu den Massen verloren und waren nicht in der Lage der Konterrevolution etwas entgegen zu setzen. Auch wegen der mehr oder weniger starken ideologischen Probleme erlitt die kommunistische Weltbewegung ihre bisher größte Niederlage.

Die DKP brach zusammen. Sie verlor den Großteil ihrer Mitglieder. Von heute auf morgen musste sie ihre Strukturen umstellen, da sie keine Hauptamtlichen mehr zahlen konnte. Der Rest wurde ihr durch die Verwüstungen der Erneuerer selbst bei Parteieigentum gegeben. Heinz Stehr und den GenossInnen, die damals Verantwortung übernahmen, gelang es, die DKP als einzige der



drei KPen auf deutschem Boden zu erhalten.

1993 wurde mit den „Mannheimer Thesen“ ein programmatisches Lebenszeichen verabschiedet. Es sollte neben dem programmatischen Selbstverständnis auch die Grundlage für die Erarbeitung eines neuen Programms darstellen. Allerdings hatte die Partei ihren ideologischen Zustand überschätzt. Bis zur Verabschiedung eines neuen Programms vergingen 13 Jahre mit sehr zugespitzten Diskussionen.

Den Auftakt der Auseinandersetzung bildete die Einschätzung der Entwicklungen des imperialistischen Systems. Dabei hat sich an den inhaltlichen Ausrichtungen seit damals nichts geändert. Die eine große Linie hält an den Einschätzungen Lenins zu den grundlegenden Entwicklungstendenzen des Imperialismus fest. Daraus folgen sowohl die Tendenzen der innerimperialistischen Widersprüche und der damit verbundenen Kriegsgefahren auf Grundlage des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung, der Rolle der Nationalstaaten als Durchsetzungsorgane des Monopolkapitals im System des StaMoKap. Dadurch ergibt sich auch die Aufrechterhaltung des Epochebegriffs, der im Imperialismus die direkte Vorbereitung des Sozialismus ausmacht.

Im Gegensatz dazu stehen die vor allem von Leo Meyer und dem ISW dargelegten Überlegungen zu neuen Entwicklungen des Imperialismus, die im Begriff des kollektiven Imperialismus gipfelten. Dieser wurde zwar relativiert, nicht aber die damit verbundenen Inhalte: Durch die Entwicklung der Produktivkräfte, vor allem der Digitalisierung würde sich eine neue Qualität in den internationalen Produktionsverhältnissen ergeben. Die Internationalisierung der Produktion zwingt die Monopole dazu sich ebenfalls international zu organisieren. Die sogenannten Transnationalen Konzerne gäben ihre Bindung an Nationalstaaten auf und die Widersprüche zwischen den Transnationalen Konzernen würden vor allem ökonomisch ausgetragen. Politisch drücke sich diese Verschiebung in der Bildung von internationalen Organisationen und der zunehmenden Verschiebung von Machtbefugnissen in diese Zusammenschlüsse aus. Die EU sei die Keimform eines neuen europäischen Staates.

Diese gegensätzlichen Einschätzungen finden sich auch an einigen Stellen des Programms, wo sie teilweise unvermittelt nebeneinander zu finden sind.

Das auch die alte Parteiführung nicht zimperlich in diesen Auseinandersetzungen war, möchte ich mit ein-

flechten. Zwei Protagonisten der klassischen Imperialismusanalyse wurden zu dieser Zeit aus der Parteiführung gedrängt. Der eine, Hans Peter Brenner, Mitautor der Mannheimer Thesen, ist noch Mitglied der Partei und Manfred Sohn, damals im Sekretariat für ideologische Arbeit wurde aus der Partei gedrängt.

Ein zweiter großer Streitpunkt ist nach wie vor die Einschätzung des zweiten Anlaufes zum Sozialismus und sein scheitern. Dem Parteitag 1998 lagen die „Sozialismusvorstellungen“ vor, die versuchten, Ursachenanalyse zu betreiben. Das Papier wurde allerdings nur als Arbeitsmaterial beschlossen, da viele der Einschätzungen nicht geteilt wurden.

Strategische Diskussionen gingen in dieser Zeit eher unter bzw. wurden nur vermittelt geführt. Im Zuge der Auswertung der Bundestagswahlen 1998, bei der SPD und Grüne die Regierungsgeschäfte des Monopolkapitals übernahmen, trat Bruni Steininger, stellv. Parteivorsitzende und ehemalige SED-Genossin, von ihren Funktionen zurück. Vorausgegangen war die Missbilligung und Ablehnung ihres Referates zur Auswertung der Wahlen durch den PV. Sie hätte die neuen Möglichkeiten für die fortschrittliche Bewegung total verkannt.

Im Jahr 2002 wurde die Bildung einer Programmkommission beschlossen. Ich nahm an ihren Beratungen als Delegierter der SDAJ teil. Die Kommission traf sich im Verlauf der kommenden zwei Jahre, brachte allerdings kein Ergebnis hervor. Dies, da es in diesem Zusammenhang nicht möglich war, die sich ausschließenden Positionen zu vereinen, aber auch auf Grund von enormen Unklarheiten. So wurde häufig über die Länge gesprochen, anstatt über die Inhalte. Die Bildung einer Autorengruppe aus Leo Meyer, Nina Hager, Willi Gerns und Hans Heinz Holz führte 2005 zur Vorlage eines Entwurfes, der im September vom PV beschlossen wurde. Bis Ende des Jahres gingen zahlreiche Änderungsanträge, darunter viele komplette Neuformulierungen ein. Diese wurde von der Autorengruppe eingearbeitet, so dass der Partei Mitte Februar 2006 der endgültige Entwurf vorlag. Antragsschluss für den Parteitag Anfang April war der 15.3.2006. Auch hier zeigt sich deutlich, dass diejenigen, die heute für die innerparteiliche Demokratie auf die Kanzel gehen, es früher nicht so genau genommen haben. Das Programm wurde mit etlichen Gegenstimmen beschlossen. In der Partei war die Hoffnung groß, dass jetzt genug Klarheit geschaffen war, dass sich die DKP wieder der praktischen Poli-

tik zuwenden könnte. Diese Hoffnung wurde allerdings enttäuscht.

### **Wie ist die Entstehung des Programms aus heutiger Sicht einzuordnen?**

Für Philipp ist es eindeutig: „Es musste dabei ein Kompromisspapier, ein Programm mit opportunistischem roten Faden herauskommen. Hätte nicht spätestens hier die Konsequenz gezogen werden müssen, dass gegensätzliche Positionen nicht in einer Partei existieren können?“<sup>1</sup>

Ich halte diese rhetorische Frage für falsch gestellt. Weder die Partei noch die marxistisch-leninistischen Kräfte waren damals in der Lage, die notwendige Klarheit zu schaffen. Außerdem hätte die Spaltung bedeutet, eine neue Kleinstorganisation zu gründen. Ungefähr 20 Prozent der Delegierten stimmten gegen das Programm. D.h. noch nicht, dass alle auch den Schritt die Partei zu verlassen mitgemacht hätten. Es gab keine Strukturen und es wurden auch keine vorbereitet, in die Teile der Partei hätten organisiert werden können.

Inhaltlich geht es vor allem aber auch um die zentrale Frage, die sich

in der ganzen beschriebenen Entwicklung zeigt, ein Widerspruch, der sich nicht in Luft auflösen lässt: Die Mehrheit der Partei ist der alten Parteiführung in Abstimmungen gefolgt, hat aber an vielen Punkten die Grundlagen einer Kommunistischen Partei verteidigt. Damit ist das Programm auch der Spiegel des Zustandes der DKP zu diesem Zeitpunkt.

Zur Einschätzung der damaligen Situation möchte ich Dogan Göcmen ausführlich zitieren:

„Das sind zum einen die politisch psychischen Folgen der Niederlage, die nicht verarbeitet worden sind, und zum anderen die vernachlässigte wissenschaftlich theoretische Arbeit. Diese beiden Mängel hängen miteinander eng zusammen. Die Beseitigung des einen wird zur Behebung des anderen beitragen. Vor allem muß die Partei die wissenschaftlich theoretischen Aufgaben bewältigen als Vorbedingung der Überwindung der politisch psychologischen Folgen der Niederlage.“

Bisher haben die Kommunisten bei der Be- und Verarbeitung der Niederlage sich auf Fragen der Gründe des Niedergangs und Zerschlagung der sozialistischen Länder und die daraus ziehenden Lehren konzentriert. Diese Versuche waren und sind notwendig. Es wurde aber der poli-

---

<sup>1</sup> Kissel, u.a.: „Der Verlauf der Debatte in der DKP von 1989 bis 2017“, offensiv 7/2017

tisch psychischen Seite der Niederlage bisher wenig Beachtung geschenkt. Die Erklärung der Gründe der Niederlage und der Versuch, daraus Lehren zu ziehen, ist zunächst ein rein rationaler Akt. Und auf diesem Gebiet ist vieles gesagt worden und es wird noch vieles zu sagen sein.

Die politisch psychische Verarbeitung der Niederlage und die zu erlangende Überzeugung, dass ein neuer Versuch absolut notwendig ist, schließt auch Emotionen ein und erfordert dementsprechend eine viel längere Zeit. Um zu dieser Überzeugung nach so einer umfassenden und tief greifenden Niederlage (erneut) zu gelangen, ist nicht nur Beund Verarbeitung der Gründe der Niederlage notwendig, sondern vor allem auch die Einsicht und die Überzeugung, dass der Kapitalismus in seiner imperialistischen Epoche die grundsätzlichen Probleme der Menschheit nicht nur nicht lösen kann, sondern dass er sie ständig verschlimmern wird. Diese Überzeugung wird man aber vorrangig aus der Analyse der aktuellen Tendenzen des Imperialismus selbst gewinnen müssen, d. h. in erster Linie nicht aus der Analyse der Gründe der Niederlage. Im Gegenteil, es wird vielmehr diese Analyse Ausschlag gebend da-

für sein, welche Lehren man aus der Niederlage zieht. (...)

Kommunisten schöpfen ihr Selbstvertrauen aber nicht in erster Linie aus ihrer quantitativen Stärke, sondern vor allem aus der Überzeugung, dass der Kapitalismus notwendig an seinen inneren Widersprüchen zu Grunde gehen wird – eine Einsicht, die sie aus ihrer wissenschaftlichen Analyse des Wesens der kapitalistischen Gesellschaft gewinnen. Die Partei als Vorhut der Arbeiterklasse muss hier als Geburtshelferin einer neuen Gesellschaft eingreifen, damit sich die ohnehin vorherrschende Barbarei nicht ins unermessliche steigert, sondern am Horizont der Menschheit endlich eine neue Sonne aufgeht.“<sup>2</sup>

Es war 2006 also richtig den Kampf gegen den Revisionismus weiter innerhalb der DKP zu führen. Die Möglichkeiten mussten erst geschaffen werden, um die Notwendigkeit der Klärung der ideologischen Ausrichtung umzusetzen.

---

<sup>2</sup> Dogan Göçmen, „Das mangelnde Selbstbewusstsein und die Programmdiskussion in der DKP“ in T&P 04 / 06

## **Der Kompromisscharakter des Programms**

Hans Heinz Holz hat sich gegen die Charakterisierung des Programms als Kompromiss gewandt, sondern seinen historischen Charakter und die Notwendigkeit der Klärung, der im Programm teilweise unvermittelt nebeneinander stehenden Positionen betont. Er hoffte mit der Verabschiedung des Programms, das natürlich wichtige Grundlagen festschreibt, auf wissenschaftlicher Grundlage ideologische Klarheit schaffen zu können. Leider hat sich diese Hoffnung mit der alten Parteiführung nicht erfüllt.

Die bürgerlichen Positionen im Programm sind auch tatsächlich noch nicht in aller Deutlichkeit erkennbar. Erst in ihrer Fortführung, den Thesen des alten Sekretariats, werden sie deutlich. Der Bezug der Thesen gerade auf diesen Stellen macht ihre Problematik im Programm deutlich. Ich möchte dies an drei Punkten deutlich machen. Ich lasse dabei die Auseinandersetzung zur Frage des Imperialismus aus, da sie unter uns in die Hauptlinien nicht umstritten ist, möchte mit euch aber einen Hinweis teilen, den ich von Lothar bekommen habe. Es gibt zu diesem Abschnitt eine sehr fundierte Kritik des Genossen Kurt Gossweiler, der sehr scharf herausarbeitet, dass es

Absätze in diesem Abschnitt gibt, die klar Holz oder Meyer zuzuordnen sind. Es lohnt sich sehr dieses Referat zu lesen, da Kurt in seiner Kritik gerade auch auf das eingeht, was fehlt, nämlich einzuschätzen, wie der Imperialismus gerade in Deutschland durch den Sozialismus eingeschränkt war und seinerseits seine Taktik ändern musste.<sup>3</sup>

## **Kapitalismus und Staat**

Neben richtigen Einschätzung zu grundsätzlichen und geschichtlichen Aspekten des marxistischen Staatsverständnisses werden aktuelle Tendenzen beschrieben: „Der Staat wird zum Verwalter einer Politik, die weitgehend außerhalb seiner Souveränität beschlossen wird. (...) Der bürgerliche Staat verliert tendenziell seine Fähigkeit zur sozialen und politischen Vermittlung, weil die Basis für eine Organisation stabilerer sozialer Kompromisse, die größere Teile der Gesellschaft einbeziehen, verloren geht. So wird die bürgerliche Demokratie ausgehöhlt und verliert ihren Inhalt.“ Und „Als neues Moment zeichnen sich im Zusammenhang mit der Globalisierung Keim-

---

<sup>3</sup> Kurt Gossweiler: Analyse der Teile I „Imperialismus heute“ und II „Der deutsche Imperialismus“ des Programms der DKP, in offensiv 9 / 2006

formen eines globalen staatsmonopolistischen Regulierungssystems ab, mit dem die Krisenpotentiale der kapitalistischen Weltwirtschaft und die zwischenimperialistischen Widersprüche in Schach gehalten werden sollen.“<sup>4</sup>

In den Thesen werden diese Positionen wieder aufgegriffen. Den Nationalstaaten wird nur noch der Platz der gegenseitigen Konkurrenz um beste Bedingungen für den „globalen Kapitalismus“ zugewiesen.<sup>5</sup> Ein „Eigenleben des Staates“ gibt es nicht mehr, daraus folgt, er ist neutral, es lohnt sich auch gar nicht mehr ihn zu bekämpfen!

### **Klasse und Bündnis**

Auch hier steht wieder vernünftiges im Programm, eben aber auch sehr Kritisches aus dem in den Thesen dann folgendes entwickelt wird:

„In unserem Parteiprogramm gehen wir deshalb davon aus, dass heute eine „große Vielfalt neuer sozialer Akteure entsteht und (sich) entwickelt“. Es eröffnet sich die „Möglichkeit und die Notwendigkeit, alle Betroffenen in einem alternativen politischen und sozialen Projekt zusammenzuführen, sie als Gesamtheit in

ihrer Vielfalt und Autonomie zu vereinen“. Die Arbeiterklasse ist jedoch für uns „die entscheidende Kraft im Kampf gegen die Macht des Kapitals und zur Erkämpfung des Sozialismus“, aber der Sozialismus wird nicht nur das Werk der Arbeiterklasse sein, sondern das gemeinsame Projekt von gleichberechtigten unterschiedlichen sozialen und weltanschaulichen – im weitesten Sinn emanzipatorischen – Kräften. Die Hegemonie des Kommunismus in der Arbeiterklasse und in den Bewegungen kann also nicht die Voraussetzung für die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse sein. Sondern wir haben zu prüfen, welchen Beitrag unser Ansatz als KommunistInnen in diesem Prozess erbringen kann, damit und in dem die arbeitende Klasse selbst ihre Zukunft gestaltet.“<sup>6</sup>

Die auch im Programm zu findende Vermischung aus sozialen und politischen Ansätzen wird hier auf die Spitze getrieben. Marx und Engels haben die historische Mission der Arbeiterklasse unabhängig von ihrem Bewusstsein ausgemacht. Hier nun werden unterschiedliche Ansätze gemischt. Soziale, klassenmäßige Politikentwicklung wird in einen Topf

---

<sup>4</sup> Programm S.4

<sup>5</sup> Vgl. Thesen S.11

---

<sup>6</sup> Thesen S 31f

geworfen mit sozialwissenschaftlichen und politischen Kriterien. Nachdem einmal mit dem revisionistischen Kochlöffel umgerührt wird kommt die Absage an den Marxismus heraus. Durch das Einführen eines „uns“ wird die wissenschaftliche Schärfe genommen, nur noch für uns ist die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft. Danach kann man sich dann auch von allen bisherigen Überlegungen verabschieden und die Hegemonie ist nicht mehr Voraussetzung und die Partei ist eine von vielen.

### **Die Machtfrage**

Während auch das Programm in der Machtfrage schwach auf der Brust ist und diese Frage umschifft bzw. bei der Frage des Aufbaus von Gegenmacht endet, öffnet es den Thesen die Tore: „Voraussetzung dafür ist, dass der antimonopolistische Block über so viel außerparlamentarische Kraft und parlamentarischen Einfluss verfügt, dass er eine die gemeinsamen Interessen vertretende Regierung bilden kann. Gestützt auf starke außerparlamentarische Bewegungen, die Organisationen der Arbeiterbewegung und den Aufbau einer neuen demokratischen Macht können tief greifende politische und ökonomische Umgestaltungen eingeleitet werden, in deren

Ergebnis die Macht des Monopolkapitals gebrochen wird.“<sup>7</sup>

Da die hier angesprochene Regierung nicht näher definiert wird, liegt es nahe davon auszugehen, dass es sich um eine Regierung im Rahmen des Grundgesetzes handeln soll. Dass die Bewegung von der Klasse kommt, lassen wir hier mal links liegen. Leider wird nicht mehr zur „neuen demokratischen Macht“ gesagt, die die Macht der Monopole brechen soll. Das hier Interpretationsspielraum für Lösungen im Rahmen der bürgerlichen Ordnung möglich sind, liegt auf der Hand.

Die Thesen machen dann mit der Diktatur des Proletariats Schluss.

„Die Demokratisierung von Betrieb und Gesellschaft, von Staat und supranationalen Institutionen sowie die Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch Elemente direkter und partizipativer Demokratie sind Mittel zur Einschränkung der Macht der Banken und Konzerne und gleichzeitig Weg im Emanzipationsprozess der arbeitenden Menschen. Demokratisierung ist Weg und struktureller Bestandteil eines alternati-

---

<sup>7</sup> Programm S 10

ven Konzeptes und einer sozialistischen Perspektive.“<sup>8</sup>

Weiter wird allen Formen der Machtausübung des zu schaffenden proletarischen Staates eine Absage erteilt und bürgerlich pseudodemokratischen Vorstellungen nach dem Mund geredet um dann den Sozialismus auf den Sankt Nimmerleinstag zu verschieben und sozialdemokratische Romantik zu verbreiten: „Um das Errungene zu verteidigen, bedarf es keiner Diktatur sondern der Entschlossenheit der neuen demokratischen Macht, jeder gewaltsamen Konterrevolution, gestützt auf die Mehrheit der Bevölkerung, mit Gewalt entgegentreten.“<sup>9</sup>

### **Kontinuität und zu suchende Diskontinuität der Strategie der DKP**

Mit den Thesen hatte das alte Sekretariat ihre revisionistischen Positionen für den Großteil der Partei deutlich gemacht. In der Folge löste die Partei den Widerspruch Festhalten an alten Inhalten und der gewählten Führung zugunsten der „traditionellen“ Inhalte. Seitdem ist der Kampf um die Interpretation des Programms in neuer Schärfe entbrannt und muss jetzt seiner Lösung zugeführt werden. Er wird mittelfristig in

die Erarbeitung eines neuen Programms führen müssen. Die Voraussetzungen einer Programmdiskussion müssen allerdings jetzt geschaffen werden. Dazu gehören, wie wir es in einem Antrag unserer Parteigruppe formuliert haben:

- Die Fähigkeit zur philosophischen Reflexion der Programmarbeit zu verbessern
- Erkenntnisse aus der Geschichte der Klassenkämpfe zu erarbeiten, die Analyse des Imperialismus und des Klassenbewusstseins zu schärfen
- Insbesondere gilt es, durch die Fortführung der Debatte sowie eine wissenschaftlich-kritische Bewertung der antimonopolistischen Strategie, die Strategie der DKP zur Überwindung des Kapitalismus weiter zu entwickeln

Zum Schluss und für den Beginn der Debatte noch einige Anmerkungen zur Einordnung der DKP Programmatik in die internationale Kommunistische Bewegung. Die 1978 entwickelten strategischen Vorstellungen gehen auf die Diskussion der Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien zurück und ordnen sich damit folgerichtig in den internationalen Klassenkampf ein. Für die an-

---

<sup>8</sup> Thesen S 36

<sup>9</sup> Thesen S 40



timonopolistische Strategie wurden drei Voraussetzungen formuliert:

1. Die Macht des StaMoKap ist so groß, dass es für seine Überwindung Massenaktionen braucht, die sich auf die Aktionseinheit der Klasse und das Bündnis mit breiten Schichten des Volkes stützen.
2. Die Revolution Bedarf einer revolutionären Situation, die objektiven Bedingungen unterliegt.
3. Die internationalen Kräfteverhältnisse die sich zu Gunsten des Sozialismus verschoben hatten.

Gleichzeitig wurde gewarnt: „Es wäre illusorisch und für den Kampf der Arbeiterklasse schädlich, die Möglichkeiten eines relativ friedlichen Weges der Revolution schon als Wirklichkeit zu betrachten oder diesen Weg als die einzige Möglichkeit der revolutionären Umwälzung anzusehen. Die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern müssen deshalb in ihrer strategischen Orientierung beide Entwicklungswege der Revolution, den fried-

lichen und den nicht friedlichen, berücksichtigen.“<sup>10</sup>

2006 waren die Möglichkeiten noch nicht gereift. Es galt nochmals Grundlagen gegen die Angriffe des Revisionismus zu verteidigen. Doch jetzt wird es höchste Zeit!

Die DKP hat sich auf ihre Weltanschauung zurückbesinnt. Damit ist es uns gelungen eine einheitlichere Analyse des imperialistischen Systems zu erarbeiten. Wir haben damit auch eine Grundvoraussetzung für die weitere Diskussion geschaffen.

Nicht zuletzt mit dem Bundestagswahlkampf haben wir wieder Selbstbewusstsein getankt, auch durch die Fragen der neu zu uns gestoßen GenossInnen geht unser Blick wieder in die Zukunft.

Diese Richtung ist richtig, Bedarf aber der Reflektion unserer ideologischen vor allem strategischen Orientierung. Das heißt vor allem:

1. Die strategische Orientierung der kommunistischen Weltbewegung wurde entwickelt, nachdem sich schon revisionistische Ansichten in einige Parteien eingeschlichen haben, etwa die Ver-

---

<sup>10</sup> Autorenkollektiv, „Wissenschaftlicher Kommunismus“, 1976, S 239

wechselung der friedlichen Koexistenz mit der Friedensfähigkeit des Imperialismus. Es ist zu untersuchen, in wie weit diese Fehler die Strategie beeinflusst haben. Auch wäre in diesem Zusammenhang zu klären, wie es zur Überbewertung der friedlichen Möglichkeiten kommen konnte, die sich dann im Eurokommunismus nieder schlug.

2. Die internationalen Kräfteverhältnisse haben sich grundlegend geändert. Neben der Niederlage des europäischen Sozialismus ist die Frage der Volksrepublik China und ihr Einfluss auf die Kräfteverhältnisse zu Gunsten des Sozialismus zu untersuchen. Ist bei der derzeitigen Lage der friedliche Weg überhaupt noch realisierbar oder braucht es eine Veränderung in der Schwerpunktsetzung?

Ohne diese Frage gründlich zu klären, wäre ein weitermachen fahrlässig. Die Aussage in der Einleitung zum Leitantrag, dass sich die Strategie der DKP „grundsätzlich bewährt“ hätte, kann nicht einfach behauptet werden, sondern müsste belegt werden in Auseinandersetzung mit

den hier angestellten Überlegungen und den Erfahrungen der DKP mit Erneuerern und Netzwer kern.

Ich freue mich, dass wir in Baden-Württemberg mit dieser Diskussion begonnen haben und sie heute hoffentlich Streitbar-solidarisch fortsetzen.

## **Was ist revolutionär an der Orientierung auf eine Wende zu sozialem und demokratischem Fortschritt?**

*Jens K.*

Eine strategische Orientierung leitet sich immer aus dem jeweiligen Charakter der Kampfetappe ab. Sie ist gewissermaßen die Antwort auf die Herausforderungen der Zeit, in der die Etappenziele, die unmittelbaren Aufgaben und die nächsten Schritte bestimmt werden. Wir müssen uns also über die Bestimmung der Kampfetappe ganz genau unterhalten.

Die DKP hat seit ihrem 78er Programm die Position vertreten, dass das Monopolkapital in eine Offensive übergegangen ist. Die Grundlage des Konzeptes einer „Wende“ ist die These von der Offensive des Monopolkapitals! Diese bereits im 78er Programm getroffene Einschätzung ist für uns heute aktueller denn je. Denn die Offensive des Klassenfeindes hat mit der Konterrevolution in Europa Ausmaße angenommen, die damals noch gar nicht absehbar waren.

Aus dieser Einschätzung heraus folgt zugleich die Gegenseite, nämlich: wir befinden uns in der Defensive. Eine Defensive, die heute derart akut ist, dass, wie es im Programm heißt, die „Spielräume für soziale und demokratische Reformen... heute außerordentlich eng geworden sind.“ – falls es denn gegenwärtig überhaupt noch solche Spielräume gibt! Daraus folgt, dass wir objektiv auf Abwehrkämpfe beschränkt sind, ob wir das wollen oder nicht.

Davon ausgehend lautet die zentrale strategische Schlüsselfrage: Wie kommen wir aus der Defensive heraus? Wie schaffen wir es, dass wir in die Offensive kommen? Das ist die zentrale Frage um die sich unsere strategische Diskussion meiner Ansicht nach drehen sollte! Das ist die strategische Herausforderung unserer Etappe.

Der Weg aus der Defensive ist eine langwierige, komplexe Aufgabe, die Schritt für Schritt angegangen werden muss; wobei wir uns im Rahmen jedes einzelnen Schrittes stets der unmittelbar anstehenden Aufgaben bewusst sein müssen. Die strategische Antwort der DKP auf diese Herausforderung ist seit dem 78er Programm die Orientierung auf eine Wende zu sozialem und demokratischem Fortschritt.

Im Kern geht es darum, in den realen Auseinandersetzungen, die wir führen, in den Abwehrkämpfen, die zu führen wir gezwungen sind, zuerst uns selbst zu stärken als Partei, darauf aufbauend die Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu organisieren, und am Ende dieses Prozesses einen antimonopolistischen Bündnisblock zu schmieden und die nächste Kampfetappe einzuleiten. Dabei ist klar, dass diese „Stufen“, die ich genannt habe, ineinander übergehen und miteinander zusammenhängen.

Dabei gilt: Je stärker die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse ist, je fester sie in der Klasse verankert ist, je größer ihr Masseneinfluss ist, je organisierter die Klasse für sich handelt, aber auch: je gefestigter die Bündnisstrukturen sind, je klarer ihre antimonopolistische Zielstellung definiert ist, desto mehr wendet sich das Kräfteverhältnis und desto mehr kommen wir in die Offensive. Und es ist klar, dass wir in der Offensive dann nicht nur Verteidigungskämpfe führen werden, sondern auch neue Errungenschaften erkämpfen können. Und selbstverständlich können wir bereits im Kapitalismus Errungenschaften erkämpfen! Wenn Lenin etwa schreibt „in jeder großen Maßnahme, die auf der Grundlage dieses jüngsten Kapitalismus einen Schritt vorwärts bedeutet, zeichnet sich der

Sozialismus unmittelbar, in der Praxis, ab“ (LW 25: 370), so setzt er doch voraus, dass es möglich ist, auf der Grundlage des Imperialismus große Maßnahmen zu erringen, die einen Schritt vorwärts bedeuten und in denen sich der Sozialismus unmittelbar in der Praxis abzeichnet. Herbert Mies und Willi Gerns schreiben in einer gemeinsamen Veröffentlichung „Weg und Ziel der DKP“ von 1979: „Wenn es keine solchen Errungenschaften gäbe, müssten wir feststellen, daß die Arbeiterklasse, daß die Gewerkschaften, wir Kommunisten, daß die demokratischen Kräfte unseres Landes dreißig Jahre lang umsonst gekämpft hätten. In Wirklichkeit wurde jedoch trotz der Macht des Großkapitals und gegen diese Macht manches erreicht.“

Aber: Das Kampfziel der „Wende“ ist nicht die Durchsetzung der einen oder anderen progressiven Reform. Denn progressive Reformen sind im Kapitalismus immer nur vorübergehend, d.h. ständig umkämpft und in Frage gestellt. Der Kampf um Reformen etc. ist das Vehikel, den revolutionären Kampf voranzutreiben, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu schmieden, die politische Führungstätigkeit der Partei zu entfalten, die revolutionäre Armee des Proletariats zu organisieren und die notwendigen Bündnisse zu schmieden, um

letztlich den Krieg gegen das Monopolkapital siegreich führen zu können. Der Kampf um soziale und demokratische Rechte, der Kampf um eine „Wende“ im gesellschaftlichen Maßstab, hat den Zweck eine schlagfertige revolutionäre Armee zu schaffen, die zum Angriff auf die Bastionen des Klassenfeindes, die Monopole, befähigt ist und dadurch den Weg in die sozialistische Zukunft ebnet. Das ist kein friedliches Hinüberwachen in den Sozialismus, sondern das genaue Gegenteil: Es werden die Waffen geschmiedet und die Armee organisiert um die Macht der Bourgeoisie mit aller nötigen Gewalt brechen zu können. Das ist der Zweck der „Wende“!

Nicht die Illusion, dass man über Reformen zum Sozialismus gelangen könnte, sondern die gesicherte Erkenntnis, dass Klassenbewusstsein und klassenmäßige Organisation nur in den gemeinsamen Kämpfen und durch diese gemeinsamen Kämpfe entstehen kann. Gemeinsam Erfolge erzielen, aber auch gemeinsam Niederlagen erleiden, diese Niederlagen aufarbeiten und daran wachsen. Wohlwissend, dass diese Kämpfe objektiv eben zunächst Abwehrkämpfe sind und daher noch nicht unmittelbar den revolutionären Bruch zum Ziel haben können.

Aber wenn wir diese Abwehrkämpfe nicht führen, wenn wir die Reformkämpfe nicht führen, dann haben wir auch keine Möglichkeit in diesen Kämpfen und durch diese Kämpfe die Partei zu stärken, sie kämpfend in der Klasse zu verankern, keine Möglichkeit die notwendigen strategischen Bündnisse zu schmieden, keine Möglichkeit aus der Defensive in die Offensive zu kommen.

Wie Marx im Kommunistischen Manifest schrieb: „Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter.“

Die „Wende“ beschreibt also keinen utopischen Gesellschaftszustand, in dem der Sozialismus quasi bereits schon im Kapitalismus verwirklicht wird. Es handelt sich nicht um ein Zwischenstadium, in dem man sich gemütlich einnisten kann, weil's hier mit den ganzen Reformen ja auch irgendwie schön ist. Es handelt sich einzig um eine Strategie durch die gemeinsamen Abwehrkämpfe, die wir objektiv führen müssen und die wir zu führen gezwungen sind, in die Offensive zu kommen. Und diese Offensive kann nur ein einziges Ziel haben, nämlich über eine Eskalation

der Kämpfe zum revolutionären Bruch heranzuführen.

Sowohl der Beschluss unserer Bezirkskonferenz als auch der Antrag zur Handlungsorientierung des PV an den 22. Parteitag legen den Schwerpunkt unserer politischen Praxis für die kommenden Jahre auf die Stärkung der Partei. Orientierung auf eine „Wende“ heißt für uns heute also ganz praktisch unmittelbar: Stärkung der Partei! Sowohl ideologisch als auch organisatorisch. Gleichzeitig kann die Partei sich nicht im luftleeren Raum entwickeln, sondern gewinnt ihren revolutionären Charakter immer nur aus den Kämpfen heraus und durch diese Kämpfe.

Die zentralen strategischen Fragen lauten also:

*Wie* müssen wir die anstehenden Abwehrkämpfe führen, damit sie zu einem Stopp der Offensive des Monopolkapitals führen? Welches sind die wichtigsten Kampffelder? Was sind unsere Schlüsselforderungen? Mit welchen Losungen arbeiten wir? Was sind die Schwächen und Widersprüche im Lager des Feindes und wie nutzen wir sie aus? Mit wem arbeiten wir hier und heute und in welcher Art und Weise zusammen? etc.

*Wie* müssen wir die anstehenden Abwehrkämpfe führen, damit in der

Perspektive eine revolutionäre Organisation und Orientierung der Kämpfenden erreicht wird? Denn es ist ja nicht so, dass wir zuerst die revolutionäre Organisation haben und anschließend erst den revolutionären Kampf; vielmehr entsteht die revolutionäre Organisation erst im und durch den Kampf, der eben gerade aufgrund dieser Dialektik revolutionär ist.

Und drittens: *Wie* müssen wir die anstehenden Abwehrkämpfe führen, damit die DKP gestärkt daraus hervorgeht? Welche Partei brauchen wir? Welche Partei wollen wir sein, welche Partei müssen wir sein? Wie können wir unseren Anspruch kämpfend realisieren? Die revolutionäre Organisation der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten erfordert eine starke, ideologisch gefestigte, in der Klasse verankerte Arbeiterpartei mit Masseneinfluss. Dies zu realisieren scheint mir unmittelbar der nächste strategische Schritt zu sein, auf den wir unsere gemeinsamen Anstrengungen konzentrieren müssen.

## **In welcher Beziehung steht die Kampfetappe der antimonopolistischen Umwälzung zum revolutionären Bruch?**

*Beate Landefeld*

### **1. Lenin zu den Revolutionsbedingungen im imperialistischen Stadium**

Imperialismus = „monopolistischer Kapitalismus“. Diese Kurzdefinition enthält laut Lenin „die Hauptsache“. Das Monopol ist das im Imperialismus prägende Macht- und Herrschaftsverhältnis. Es ist die Form, mit der die Bourgeoisie versucht, den sich verschärfenden Widerspruch zwischen der Vergesellschaftung der Produktion und der privaten Aneignung zu lösen. Monopole sind das Produkt der Erhöhung des Vergesellschaftungsgrads der Produktion, der notwendig zur Beherrschung bestimmter Zusammenhänge des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses führt und dadurch die Aneignung von Monopolprofit ermöglicht. Sie bilden die höchstmögliche Stufe der Vergesellschaftung, die unter Bedingungen des Privateigentums möglich ist. Daher die Formulierung Lenins vom Imperialismus als

höchstem Stadium des Kapitalismus und als einer „Übergangsgesellschaft“, die den Sozialismus materiell vorbereitet.

Monopolbildung und SMK zielen auf Planbarkeit, heben aber Konkurrenz und Krisen nicht auf. Sie verzerren nur deren Verlauf zugunsten der Monopole und bewirken damit „noch schroffere Widersprüche“. Zugleich zeigen sie die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Planung und die Überlebtheit des Privateigentums. Deshalb ist die ökonomische Struktur des SMK die „materielle Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare Vorstufe“. Deshalb gibt es „zwischen dieser Stufe und derjenigen, die Sozialismus heißt, keinerlei Zwischenstufen mehr“ und kann man „von den Monopolen aus nicht vorwärtsschreiten, ohne zum Sozialismus zu schreiten“.<sup>1</sup> Alle diese Aussagen beziehen sich auf die ökonomische Struktur (= materielle Basis).

Davon zu unterscheiden sind mögliche Kampfetappen, die sich auf die politischen Kräfteverhältnisse (= Überbau) beziehen. So sagte Lenin über die von den Bolschewiki in der ersten Etappe der Revolution ange-

---

<sup>1</sup> LW 25, S. 368 (Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll)

strebte revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, sie sei „keine sozialistische, sondern eine demokratische Diktatur“, die „ohne eine ganze Reihe von Zwischenstufen der revolutionären Entwicklung“ nicht imstande sei, die Grundlagen des Kapitalismus anzutasten.<sup>2</sup>

Monopole steigern die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung. Die Spaltung der Welt in wenige Großmächte und viele abhängige und unterdrückte Länder vertieft sich. Von den Monopolen geht eine Tendenz zur Aggression nach außen und zur politischen Reaktion im Inneren aus. Für die Strategie wächst damit der Stellenwert der Kämpfe um Selbstbestimmung und Demokratie. In einer Diskussion zum Selbstbestimmungsrecht schrieb Lenin: „Der Kapitalismus überhaupt und der Imperialismus insbesondere verwandelt die Demokratie zu einer Illusion – und zugleich erzeugt der Kapitalismus demokratische Bestrebungen in den Massen, schafft er demokratische Einrichtungen, verschärft er den Antagonismus zwischen dem die Demokratie negierenden Imperialismus und den zur Demokratie strebenden

Massen.“<sup>3</sup> Zum Verhältnis des Kampfs um Demokratie zum Kampf um den Sozialismus sagte er: „Es wäre ein großer Irrtum zu glauben, dass der Kampf um die Demokratie imstande wäre, das Proletariat von der sozialistischen Revolution abzulenken oder auch nur diese Revolution in den Hintergrund zu schieben, zu verhüllen und dergleichen. Im Gegenteil, wie der siegreiche Sozialismus, der nicht die vollständige Demokratie verwirklicht, unmöglich ist, so kann das Proletariat, das den in jeder Hinsicht konsequenten, revolutionären Kampf um die Demokratie nicht führt, sich nicht zum Siege über die Bourgeoisie vorbereiten.“<sup>4</sup> Zu den sozialen Erscheinungen des Imperialismus gehört die Herausbildung der Arbeiteraristokratie, einer aus den Monopolprofiten besergestellten Oberschicht der Arbeiterklasse, die neben der Arbeiterbürokratie (Parlamentarier, hohe Funktionäre) die soziale Grundlage des Opportunismus stellt.

## **2. Wozu antimonopolistische Orientierung in der BRD**

---

<sup>2</sup> LW 9, S. 43 (Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution)

---

<sup>3</sup> W.I. Lenin, Antwort an P. Kijewski (J. Pjatakow). LW 23, S. 14

<sup>4</sup> W.I. Lenin, Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, LW 22, S. 144



Die BRD gehört zu den imperialistischen Hauptländern, die mehr als 70 Prozent der transnational agierenden Konzerne stellen. Die Wirtschaft ist hochmonopolisiert, der SMK voll ausgebildet. 2015 produzierten von 3,4 Millionen steuerpflichtigen Unternehmen 0,44 Prozent (ca. 15000) über 65 Prozent der Umsätze. 99,56 Prozent erarbeiteten 35 Prozent der Umsätze. Genauso hochkonzentriert sind Vermögen und Reichtum: Dem reichsten 1 Prozent gehören 33 Prozent des Vermögens. Den oberen 10 Prozent gehören 60 Prozent, der unteren Hälfte 2,5 Prozent.<sup>5</sup> Auch Reichtum und Betriebsvermögen konzentrieren sich am stärksten an der Spitze. Das Maß an Konzentration und Zentralisation bedeutet, dass jede proletarisch geführte Staatsmacht die 15000 Großkonzerne und Großbanken in Gemeineigentum überführen muss, wenn sie die Kommandohöhen der Volkswirtschaft erobern will.

In den Großkonzernen ist zugleich die Konzentration, Organisiertheit, Bewusstheit, die potentielle Kampfkraft der Arbeiterklasse am höchsten. Dort arbeiten 42 Prozent der in der Privatwirtschaft abhängig Be-

schäftigten. Die übrigen 58 Prozent sind auf über 3,45 Millionen KMU verstreut, von denen über 3 Mio. Kleinstunternehmen (unter 9 Beschäftigte) sind, über die Hälfte 1-Personen-Betriebe. In den Großbetrieben arbeitet der Kern der Arbeiterklasse, von dem die Ökonomie letztlich abhängt. Sie können die Wirtschaft lahmlegen, sie aber auch nach einer Revolution weiterführen.

Der hohe Anteil der Monopole am Gesamtprodukt und die Abhängigkeit der übrigen Wirtschaft werden in den Händen einer proletarisch geführten Staatsmacht zur zentralen Basis für eine demokratische Planung der Wirtschaft. Eine antimonopolistische Umwälzung erzwingt den baldigen Übergang zur Planwirtschaft, selbst wenn in nichtmonopolistischen Sektoren private, genossenschaftliche und gemischte Eigentumsformen weiterbestehen. Das ist ein Beispiel für die vieldiskutierten „Übergänge“. Wir hätten es mit Verhältnissen zu tun, die Lenin als „noch kein Sozialismus, aber schon kein Kapitalismus mehr“ beschrieb (= Übergangsverhältnisse).<sup>6</sup> Das ist kein „parlamentarischer Spaziergang“, wie manche suggerieren, sondern eine „Periode des revolutionären

---

<sup>5</sup> Quellen: IfM für 2015, Deutsche Bundesbank, Monatsbericht März 2016, S. 67 + 72

---

<sup>6</sup> LW 25, S. 371 (Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll)

Kampfes“ des Neuen gegen das Alte auf allen Gebieten.

In der SBZ wurden in der Etappe der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945-1949 die Monopole und alle Betriebe von Nazis und Kriegsverbrechern enteignet. 1948 produzierten die volkseigenen<sup>7</sup> Großbetriebe 39%, die Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG), die sich die sowjetische Militärverwaltung zu Reparationszwecken aneignete 22% (beide = 61%) des Nationalprodukts, private Mittelständler 39%. Nach dem Übergang zum Sozialismus übergab die SU die SAG 1953 an die DDR. Im DDR-Sozialismus gab es Staatseigentum, Genossenschaften und bis 1972 noch private mittelständische Betriebe, zum Teil mit Staatsbeteiligung. Trotz der sowjetischen Truppen war die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in der SBZ, besonders bei offener Grenze zur BRD, eine Periode schärfster Klassenkämpfe.

### 3. Zur Frage der politischen Macht

Laut Manifest ist „der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ... Das Proletariat wird seine

politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h., des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.“<sup>8</sup>

Laut DKP-Programm sind die anti-monopolistische und die sozialistische Umwälzung „miteinander verbundene Entwicklungsstadien in dem einheitlichen revolutionären Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus“. Als Grundzüge des Sozialismus benennen wir die politische Macht der Arbeiterklasse, das gesellschaftliche Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln und die gesamtgesellschaftliche Planung. Um diese neue Qualität zu

<sup>7</sup> Ländereigentum, ab 1948 zoneneinheitliches Volkseigentum

<sup>8</sup> “Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermitteltst despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind. Diese Maßregeln werden natürlich je nach den verschiedenen Ländern verschieden sein.” (vollständiges Zitat siehe Ende des Textes)

erreichen und mit der alten, kapitalistischen Qualität zu brechen, sind viele Kombinationen von antimonopolistischer und sozialistischer Umwälzung denkbar.

In der Oktoberrevolution fiel die antimonopolistische mit der sozialistischen Umwälzung zusammen. Die Sowjets als die gefundene Form der Diktatur des Proletariats entstanden aber bereits in den zwei vorhergehenden demokratischen Revolutionen: 1905 und der Februarrevolution 1917. Zwischen Februar und Oktober gelang das Hinüberwachen der demokratischen Etappe der russischen Revolution in die sozialistische, so wie es in Lenins und der Bolschewiki Strategie seit 1903 konzipiert war.<sup>9</sup>

Im Fall der DDR waren die antimonopolistische Umwälzung als Kern der antifaschistisch-demokratischen Etappe und die demokratische Bodenreform der sozialistischen Revolution vorgelagert. Schon in der antifaschistischen Etappe kam es zur massenhaften Säuberung des Staatsapparats von Parteigängern der Nazis und ihrer Ersetzung durch Antifaschisten, meist aus den Arbeiterparteien. Es kam zum klaren Bruch mit dem ehemals faschisti-

schen Überbau. Auf Zonenebene und in den Ländern regierte ein antifaschistisch-demokratischer Block aus mehreren Parteien. Der Übergang der SED zum Zwei-Jahresplan 1949/50 verlief nicht ohne scharfe Konflikte mit den bürgerlichen Blockparteien. Im Verlauf der vom Westen erzwungenen Spaltung Deutschlands und der Gründung der DDR kam es zur Einleitung der sozialistischen Umwälzung. 1968 wurde die Diktatur des Proletariats Verfassungsgrundsatz.<sup>10</sup>

In der portugiesischen Nelkenrevolution 1974/75 lag die Enteignung des Großteils der Monopole und des Großgrundbesitzes ebenfalls vor einer von den revolutionären Kräften erstrebten, sozialistischen Revolution, der sie den Weg öffnen sollte. Da die politischen und militärischen Kräfte für den über die antifaschistische Umwälzung hinausgehenden Weg aber nicht ausreichten und uneins waren, gelang der Konterrevolution das Rollback auf das Niveau einer normalen bürgerlich-parlamentarischen Republik. Dies ist ein Beispiel, wie Übergangsverhältnisse sich abhängig von der Stärke der kämpfenden Klassenkräfte nach

---

<sup>9</sup> Vgl. Beate Landefeld, *Revolution*, 2017, S. 85ff.

---

<sup>10</sup> Vgl. Jörg Rösler, *Geschichte der DDR*, 3. Aufl. 2016, S. 17ff.

vorn, aber auch zurückentwickeln können.<sup>11</sup>

Denkbar ist auch, dass antimonopolistische Maßnahmen einer fortschrittlichen Regierung, die sich auf eine mobilisierte Bevölkerung stützt, die revolutionäre Krise erst auslösen, indem die Sabotage der herrschenden Klassen weitere Massen empört und aktiviert. Ob die revolutionäre Krise dann genutzt werden kann und wie die Umwälzung verläuft, hängt von der Reife des Subjekts und der Gruppierung sämtlicher Klassen und Schichten der Gesellschaft ab. Die Beziehung zwischen antimonopolistischer und sozialistischer Umwälzung ist in allen Beispielen die eines wesentlichen und notwendigen, aber nicht hinreichenden Teils der Umwälzung zur ganzen Umwälzung.

In einer revolutionären Situation sind die Massen in Bewegung und zum selbsttätigen Eingreifen bereit. Sämtliche Klassen und Schichten der Gesellschaft versuchen dann, auf das Massenhandeln Einfluss zu nehmen. Kämpfe um Hegemonie finden statt, in denen unterschiedliche Klassen und Klassenbündnisse zeitweilig die Führung erlangen. Wenn sich die Konstellation der Klassenkräfte da-

hin entwickeln lässt, dass eine Mehrheit der Arbeiterklasse bereit ist, für den Sozialismus zu kämpfen und wenn sie sich dabei auf die Masse der Bevölkerung stützen kann, dann kann die antimonopolistische Umwälzung mit der sozialistischen Revolution zusammenfallen.

Wenn aber eine Mehrheit der Bevölkerung zwar Maßnahmen gegen die Monopole will, aber nicht den Sozialismus, dann treten wir für die Einleitung einer antimonopolistischen Umwälzung ein. Sie erfordert eine von der Arbeiterklasse geführte, revolutionär-demokratische Staatsmacht. Unser Programm spricht vom Aufbau einer neuen demokratischen Macht, die sich auf einen starken außerparlamentarischen antimonopolistischen Block stützt und zugleich über genügend parlamentarischen Einfluss für eine Regierungsbildung verfügt. Dabei würden wir stets versuchen, die Menschen davon zu überzeugen, dass ein weiterer Fortschritt zum Sozialismus notwendig ist, um von Übergangsverhältnissen zu einer neuen stabilen Qualität zu kommen.

Eine revolutionäre Krise ist objektiv bedingt und lässt sich nicht willentlich herbeiführen. Für ihren Ausgang werden aber lange vor ihrem Ausbruch Weichen gestellt: indem Kommunistinnen und Kommunisten

---

<sup>11</sup> Vgl. Landefeld, *Revolution*, 2017, S. 128ff.

stabile Massenverbindungen entwickeln, in Gewerkschaften, Mietervereinen, Sozialverbänden, Sportvereinen, Kulturinitiativen, der Friedens- und Ökologiebewegung tätig sind. Doch auch in Armee und Polizei müssen sie gewerkschaftlich und politisch wirken, denn in jeder revolutionären Krise geht es auch darum, den Einsatz von Gewalt durch die Bourgeoisie zu verhindern oder abzukürzen. A. Gramsci lehrte: Entscheidend ist in jeder Situation „die dauerhaft organisierte und von langer Hand vorbereitete Kraft, die man vorrücken lassen kann, wenn man eine Situation als günstig einschätzt (und günstig ist sie nur, sofern eine solche Kraft vorhanden und von kämpferischem Feuer erfüllt ist); deshalb ist die wesentliche Aufgabe, systematisch und geduldig darauf zu achten, diese Kraft zu formieren, zu entwickeln, sie immer homogener, kompakter, selbstbewusster zu machen.“<sup>12</sup>

Lenin beschrieb aus Anlass des irischen Osteraufstands 1916, wie diese Kraft in revolutionären Krisen wirken und die Revolution zum Erfolg führen kann: „Die sozialistische Revolution in Europa kann nichts anderes sein als ein Ausbruch des Mas-

senkampfes aller und jeglicher Unterdrückten und Unzufriedenen. Teile des Kleinbürgertums und der rückständigen Arbeiter werden unweigerlich an ihr teilnehmen - ohne eine solche Teilnahme ist ein Massenkampf nicht möglich, ist überhaupt keine Revolution möglich -, und ebenso unweigerlich werden sie in die Bewegung ihre Vorurteile, ihre reaktionären Phantastereien, ihre Fehler und Schwächen hineinragen. Objektiv aber werden sie das Kapital angreifen, und die klassenbewusste Avantgarde der Revolution, das fortgeschrittene Proletariat, das diese objektive Wahrheit des mannigfaltigen, vielstimmigen, buntscheckigen und äußerlich zersplitterten Massenkampfes zum Ausdruck bringt, wird es verstehen, ihn zu vereinheitlichen und zu lenken, die Macht zu erobern, die Banken in Besitz zu nehmen, die allen (wenn auch aus verschiedenen Gründen!) so verhassten Trusts zu expropriieren und andere diktatorische Maßnahmen durchzuführen, die in ihrer Gesamtheit den Sturz der Bourgeoisie und den Sieg des Sozialismus ergeben, einen Sieg, der sich durchaus nicht mit einem Schlag aller kleinbürgerlichen Schlacken ‚entledigen‘ wird.“<sup>13</sup>

---

<sup>12</sup> Antonio Gramsci, Gefängnishefte, Bd. 7, Hamburg, S. 1565

---

<sup>13</sup> LW 22, S. 363f. (Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung)

**Fußnote 8 (vollständig):**

Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermitteltst despotischer Eingriffe in das Eigentums-recht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßnahmen also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind. Diese Maßregeln werden natürlich je nach den verschiedenen Ländern verschieden sein.

Für die fortgeschrittensten Länder werden jedoch die folgenden ziemlich allgemein in Anwendung kommen können:

1. Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben.
2. Starke Progressivsteuer.
3. Abschaffung des Erbrechts.
4. Konfiskation des Eigentums aller Emigranten und Rebellen.
5. Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol.
6. Zentralisation des Transportwesens in den Händen des Staats.
7. Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung aller Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan.
8. Gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau.
9. Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie, Hinwirken auf die allmähliche Beseitigung des Unterschieds von Stadt und Land.
10. Öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder. Beseitigung der Fabrikarbeit der Kinder in ihrer heutigen Form. Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion usw.

Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter. Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer andern. Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt, und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf.

An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.

## Die Dialektik in der Programmatik der DKP

*Klaus Mausner*

Liebe Genossinnen und Genossen,  
in aller Kürze will ich einige grundsätzliche dialektische Aspekte in unserer Programmatik darlegen. Wir Marxisten-Leninisten haben den Anspruch, die wissenschaftliche Weltanschauung zu vertreten. Wir sind also dialektische und historische Materialisten. Wir wissen, dass sich letzten Endes alles in Bewegung und Veränderung befindet, und zwar sowohl in der Natur, als auch in der Gesellschaft und im menschlichen Denken. Und wir wissen zugleich, dass die Bewegung und Entwicklung nicht gleichförmig und geradlinig verläuft, sondern voller Widersprüche, Sprünge und leider auch Rückschläge, - und dass die Widersprüche der Motor der Entwicklung sind. Nichts bleibt wie es ist, und wenn es im Moment noch so stark und scheinbar unüberwindlich daherkommt.

Die Dialektik ist quasi die Wissenschaft von den Bewegungsgesetzen und zugleich die Wissenschaft vom Gesamtzusammenhang (bzw. des Gesamtzusammenhangs).

Zu den Kerngesetzen der Dialektik gehört

\* die Einheit und der Kampf der Gegensätze (z.B. in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, aber das gilt eben für alle Verhältnisse, auch im Sozialismus und selbst in unserer eigenen Partei, wobei zu unterscheiden ist zwischen unversöhnlichen / antagonistischen und nicht-antagonistischen Widersprüchen ...)

\* das Umschlagen von Quantität in Qualität und umgekehrt (z.B. im Verhältnis von Reform und Revolution) und

\* die Negation der Negation (z.B. wird die Negation des Kapitalismus, also seine Überwindung und Aufhebung durch die sozialistische Revolution, die Errungenschaften des Kapitalismus u.a. in Wissenschaft und Technik trotzdem positiv aufbewahren)

Dazu gibt es eine Vielzahl von dialektischen Kategorien zu beachten, wie das Verhältnis von Wesen zu Erscheinung, von Möglichkeit zu Wirklichkeit, von Zufall und Gesetzmäßigkeit, von Freiheit und Notwendigkeit, von Inhalt und Form uvm. Doch das Wesen der Dialektik besteht nicht in der Ansammlung von Formeln oder gar Dogmen, sondern in einer lebendigen Erkenntnis- und Denkmethode zur Erfassung und

Veränderung der Wirklichkeit und als Quelle von immer wieder neuem und frischem Herangehen.

Und was ergibt sich daraus für unsere Programmatik und Strategie? Wir müssen die entscheidenden Widerspruchskonstellationen in der realen Gesellschaft herausfinden, die sowohl bereits in der Gegenwart wirken, als auch aller Voraussicht nach die künftigen Entwicklungen prägen werden.

Ausgangspunkt ist die Bestimmung des Grundwiderspruchs im Kapitalismus zwischen zunehmender gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, zwischen der im Prinzip unbegrenzten und stürmischen Entwicklung der Produktivkräfte in Wissenschaft, Technik und in den menschlichen Fähigkeiten einerseits, - und andererseits der Fesseln, Deformationen und Pervertierung durch die privatwirtschaftlichen kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und die Profitlogik.

Dieser Grundwiderspruch des Kapitalismus macht letzten Endes die Überwindung des Privateigentums an den wesentlichen Produktionsmitteln zur zwingenden Notwendigkeit, um eine gesamtgesellschaftlich vernünftige und planmäßige Entwicklung zu ermöglichen. Dies ist zwar keine Zwangsläufigkeit im Sin-

ne eines Naturgesetzes, aber eine unumgängliche Notwendigkeit, wenn die Menschheit eine Zukunft haben will. Und zugleich ist es eine reale Möglichkeit, wie bereits vor 100 Jahren die Oktoberrevolution bewiesen hat.

Der kapitalistische Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit wird aber in der Entwicklung des modernen imperialistischen Kapitalismus durch den zunehmenden Hauptwiderspruch überlagert, zwischen den großen Monopolen der Finanz-, Industrie-, Handels- und Medienkonzerne und ihrer wachsenden Verschmelzung mit dem Staatsapparat, - also dem staatsmonopolistischen Kapitalismus – und dem großen Rest der Gesellschaft, - und wird zugleich damit auf die Spitze getrieben. Diese Monopolmacht stellt quasi die „Kommandohöhen“ der Ökonomie dar, wie Lenin sagte, und muss für die Überwindung des Kapitalismus als der Hauptgegner ausgemacht werden. Der Stamopak ist historisch gesehen objektiv die letzte Stufe vor dem Sozialismus; hier v.a. muss die Machtfrage gelöst werden. Damit rückt die antimonopolistische Stoßrichtung in den Mittelpunkt, ohne dass die antikapitalistische Stoßrichtung an Bedeutung verliert. Im Gegenteil wird die Überwindung der Monopolmacht als



das erste und entscheidende Etappenziel zur Überwindung des Kapitalismus überhaupt bestimmend werden. Um diesen übermächtigen Gegner bezwingen zu können, brauchen wir die maximale Aktionseinheit der Arbeiterklasse, eine antimonopolistische Bündnispolitik und den Kampf um die kulturelle-ideologische Hegemonie. Hierüber muss noch sehr viel gründlicher nachgedacht werden.

Aber es bleibt eine dialektische Widerspruchskonstellation zwischen antimonopolistischer und antikapitalistischer Stoßrichtung. Denn erstens müssen wir auch heute bei aller Betonung des Hauptstoßes den antikapitalistischen Klassenkampf gegen alle Formen des Kapitals führen, - und selbst nach der Überwindung der Monopole und ihrer Vergesellschaftung bleibt noch ein großer Rest von kleinen und mittleren Kapitalisten, die ebenfalls über mittlere historische Frist in gesellschaftliche Eigentumsformen zu überführen sind. In welchen Formen dies auch immer geschehen wird, ob mit staatlicher Beteiligung wie z.B. in der DDR, in Kooperativen oder genossenschaftlichen Formen o.a., bleibt zukünftig zu klären.

Bei der Lösung der Machtfrage ist m.E. eine Vergesellschaftung der Monopole nur durch eine radikale

demokratische Veränderung der Staatsmacht durchsetzbar – also eine Form der revolutionären Demokratie. Eine bloße Verstaatlichung kann dabei nicht die Lösung sein. Unter fortbestehenden Stamokap-Bedingungen sowieso nicht, siehe die Beispiele der Commerzbank, der EnBW oder auch der Bahn-AG ... Aber selbst unter revolutionär-demokratischen Vorzeichen muss v.a. über die Form einer demokratischen Kontrolle des dann sozialistischen Staatsmonopols neu nachgedacht werden und auch über effektivere Formen der Ökonomie als im bisherigen Staatssozialismus mit seiner vorwiegend „bürokratischen Kommando-Wirtschaft“.

Wahrscheinlich lassen sich diese komplizierten Fragen erst durch eine zukünftige Praxis und die Auswertung der dann gemachten neuen Erfahrungen beantworten.

Jetzt komme ich zur nächsten wesentlichen Widerspruchs-konstellation: Der Dialektik zwischen Reform und Revolution.

Der Grundwiderspruch des Kapitalismus treibt zwar objektiv zwingend zu seiner Überwindung, - und dies erfordert den Bruch mit den Macht- und Eigentumsverhältnissen. Andererseits kann dies nur durch das Handeln der großen Masse der Be-

völkerung durchgesetzt werden, v.a. der Mehrheit der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen Werktätigen in Handwerk, Kleingewerbe, Landwirtschaft und der Intelligenz.

Diese große Masse der Bevölkerung wird aber erst durch ihre eigenen Erfahrungen die Notwendigkeit des Bruchs erkennen, v.a. in Kämpfen um soziale und demokratische Verbesserungen bzw. in Verteidigungskämpfen gegen drohende Verschlechterungen. Nur so wird der Klassegegner besser erkannt und als Ziel die Überwindung der Kapitalmacht und der Profitlogik. Das heißt erst in realen Reformkämpfen kann sich zunehmendes Klassenbewusstsein entwickeln und letzten Endes sozialistisches Bewusstsein. Dabei spielt unsere Partei, die KP, eine entscheidende Rolle, bei jeder Etappe dieser Kämpfe das weitergehende Klassenbewusstsein „hineinzutragen“.

So gibt es eine Dialektik von Abwehrkämpfen, um in der Defensive Kräfte zu sammeln, Organisation und Bewusstsein zu entwickeln, - um dann aus der Defensive in die Offensive zu gelangen.

Diese Dialektik bezeichnen wir in unserer Programmatik als Kampf um die „Wende“.

Wenn aber diese Dialektik zwischen Reform und Revolution nicht genügend in ihrer widerspruchsvollen Einheit beachtet wird, kommt es zu Fehlorientierungen:

Eine Überbetonung von Reformen führt zu Illusionen über erreichbare Verbesserungen innerhalb des Kapitalismus, also zu Reformismus und letzten Endes zum Verschwinden des revolutionären Ziels. Denn es muss uns bewusst bleiben, dass jeder noch so wertvolle Reformkampf für sich isoliert betrachtet immer auch die Gefahr eines reformistischen Charakters und einer neuen Einbindung ins kapitalistische System in sich trägt, - wenn nicht als Hauptergebnis mehr Klassenbewusstsein und eine stärkere Organisiertheit erreicht wird.

Andererseits führt eine Unterschätzung der notwendigen Reformkämpfe in eine linkssektiererisch-doktrinäre Sackgasse und letzten Endes zur Isolation von den realen Entwicklungen und der Mehrheit der Arbeiterklasse. Also auch hier die Dialektik als Einheit und Kampf der Gegensätze; es gibt eben keinen gefahrlosen und „unbefleckten“ Weg!

Als Letztes will ich hier nur andeuten das dialektische Gegensatzverhältnis zwischen sozialen Kämpfen und der Lösung von grundsätzlicheren Zu-

kunftsfragen der Menschheit: allen voran die Krieg-Frieden-Frage aber auch die Eskalation der Fluchtproblematik und die Zerstörung der Umwelt.

Wenn es z.B. nicht gelingt, den Imperialismus an der Entfesselung eines großen Kriegs gegen Russland und China zu hindern, dann wird nicht nur eine sozialistische Zukunftsperspektive in Frage gestellt, sondern die Existenz der Menschheit überhaupt.

Andererseits muss uns klar sein, dass erst ein viel stärkeres Eingreifen der Arbeiterbewegung in die Friedensfrage entscheidend etwas verändern kann. Dies wird nur zu erreichen sein, wenn wir die Verbindung von Frieden und Sozialem, von Frieden und Arbeit in den Mittelpunkt rücken und dafür auch in der Friedensbewegung und den Gewerkschaften um Mehrheiten ringen.

Der Friedenskampf muss also v.a. als antiimperialistischer Kampf geführt werden, unter Einbeziehung auch möglichst vieler bürgerlicher Schichten.

Ähnliches gilt auch für die Fluchtproblematik und die Umweltfrage.

Alle drei Zukunftsfragen der Menschheit verweisen zurück auf die Kernfrage: Wie kann es uns und

allen progressiven Kräften gelingen, in absehbarer Zeit der nächsten Jahrzehnte soviel antiimperialistisches und damit antimonopolistisches Bewusstsein aufzubauen, soviel Druck und Gegenmacht, um zumindest die Hauptweichenstellung in Richtung eines antimonopolistisch-sozialistischen Systemwechsels erzwingen zu können.

Lenin hat zudem als Maßstab für eine richtige Strategieentwicklung die Allseitigkeit der Faktoreneinschätzung betont, was sicher schwer zu erfüllen ist.

Aber aus diesem Maßstab und der notwendigen ständigen Überprüfung unserer Theorie in der Praxis leitet sich v.a. ab, dass wir trotz noch so wissenschaftlich fundierter Strategie und Zielklarheit v.a. flexibel bleiben müssen.

Dennoch hilft alles nichts: Auch eine noch so stimmige und wissenschaftlich fundierte revolutionäre Programmatik und Strategie kann eine revolutionäre Situation nicht künstlich schaffen. Aber sie wird uns heute helfen, eine planmäßige Praxis zu entwickeln, v.a. uns wieder in der Arbeiterklasse und den Betrieben zu verankern, neue Ausstrahlung und neue Mitglieder zu gewinnen und zielstrebig an der Gewinnung der Hegemonie und am Herankommen

an den revolutionären Bruch zu arbeiten und dann – wenn es soweit ist – einen Kompass zu haben, damit wir nicht wieder so hilflos dastehen wie die deutschen Revolutionäre von 1918!

Dabei müssen wir immer eine suchende und lernende Partei bleiben.

Es ist gut, dass durch den Leitantrag zum 22. Parteitag diese Strategiediskussion mächtig angestoßen wurde. Aber dieser Parteitag kann sicher nur eine Art Zwischenbilanz ziehen, so dass die Fortsetzung dieser strategischen Klärung mittelfristig in die Überarbeitung unseres Parteiprogramms einmünden muss.